



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kein Freibrief zur Luftverschmutzung für die Agrarindustrie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich dafür einzusetzen, dass der Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen schädlicher Emissionen und Gerüche agrarindustrieller Betriebe im Rahmen der Novelle der Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) deutlich verbessert wird,
- keine Lobbyarbeit für eine Agrarindustrie zu unterstützen, die zu Lasten der bäuerlichen Landwirtschaft geht,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass bei der Neufassung der TA Luft Regelungen geschaffen werden, die die Einhaltung der europäischen Umwelt- und Naturschutzrichtlinien (unter anderem NERC (National Emission Reduction Commitment-Richtlinie, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Wasserrahmenrichtlinie) gewährleisten.

Begründung:

Die Europäische Kommission hat gegen Deutschland wegen der Nichteinhaltung verschiedener europäischer Umweltrichtlinien Klage erhoben. In vielen Fällen ist die Agrarindustrie Hauptverursacher von Grenzwertüberschreitungen, die zur Verletzung der Bestimmungen der Richtlinien geführt haben. Mit der TA Luft sollen die Emissionen von Großbetrieben reduziert und damit ein Beitrag zur Einhaltung der Richtlinien geleistet werden.

Die TA Luft ist einschlägig für die Agrarindustrie, die unter das Bundesimmissionsschutzgesetz fällt. Dies sind beispielsweise in Mittelfranken lediglich 42 Anlagen – gegenüber 10.000 landwirtschaftlichen Familienbetrieben. Die Emissionen dieser Agrarindustrie sind enorm und die Bevölkerung ist stark betroffen. Eine Aufweichung der TA Luft, die in der Novelle keine überzogenen Forderungen aufstellt, sondern lediglich den Stand der Technik der Luftreinhaltung umsetzen will, würde deshalb auf dem Rücken der Anwohner ausgetragen. Profitieren würden nur wenige industrielle Großbetriebe.